

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 31. HuFA 2004-2009 Sitzungsdatum: 02.12.2008 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 02.12.2008

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.04.2008 aus öffentlicher Sitzung
3. Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung "Frelenberg IV - Bildenstock/Stegher Feld" der Fa. Davids, Geilenkirchen
hier: Beratung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
4. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 31.10.2008 betr. beabsichtigte Abgrabung der Fa. Davids in Frelenberg, hier Verkauf des städtischen Grundstücks
5. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 10. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 85 - David-Hansemann-Straße - 2. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss
7. Forstwirtschaftsplan 2009
8. Beteiligung am Verfahren zur Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln
hier: Sachlicher Teilabschnitt Vorbeugender Hochwasserschutz, Teil 2: Region Aachen, Wassereinzugsgebiet der Rur
9. Regionales Gewerbeflächenmanagement - Fortschreibung 2009
10. Einführung des verpflichtenden Nachmittagsunterrichts mit pädagogischer Übermittagsbetreuung am Carolus-Magnus-Gymnasium und der Städt. Realschule
11. Technische Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg

- 12. Prüfung der Jahresrechnung 2007 und Entlastung des Bürgermeisters
- 13. Anregung nach § 24 GO NW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 19.11.2008 betr. Vergrößerung der Parkplatzfläche Naherholungsgebiet In der Schley
- 14. Anregung nach § 24 GO NW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 19.11.2008 betr. Teerung Schlackweg
- 15. Anregung nach § 24 GO NW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 19.11.2008 betr. Fußgängerqueerung Marienstraße
- 16. Anregung nach § 24 GO NW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 19.11.2008 betr. Abriss Baracke "Am Eichenhang"
- 17. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 19. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.04.2008 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 20. Niederschlagung von Gewerbesteuerforderungen
- 21. Grundstücksangelegenheiten
 - 21.1. Verkauf eines Gewerbegrundstücks
- 22. Vergabeangelegenheiten
 - 22.1. Abschluss eines Beratungsvertrages mit der GPA NRW im Rahmen der örtlichen Rechnungsprüfung der Eröffnungsbilanz
 - 22.2. Upgrade Personalabrechnungsverfahren
 - 22.3. Beschaffung CIP-Archiv
- 23. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 24. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Anwesenheitsliste:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD	(als pers. Vertreterin für Paul Josef Gerschel)
Herr Sven Bildhauer	SPD	(als pers. Vertreter für Erika Tanzer)
Herr Herbert Fibus	SPD	(als Vertreter für Wolfgang Schneider)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	(ab TOP 5, 17:10 Uhr)
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD	
Herr Leo Meertens	UWG	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B90/Grüne	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Manfred J. Offermanns FDP

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Schriftführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Kollegen der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Stadtverordneter **Weißborn** beantragte, dass die Tagesordnungspunkte zur Behandlung der Abgrabungserweiterung Frelenberg IV in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und Rates im Januar vertagt werden mögen.

Auf der am letzten Dienstag durchgeführten Einwohnerversammlung habe man den Eindruck gewonnen, dass offensichtlich auch den Betroffenen noch nicht klar war, dass die Entscheidung schon im Dezember getroffen werden solle. Zudem hätten die Fraktionen ein Schreiben der Firma Davids erhalten, in dem verschiedene Aspekte bezüglich der Abgrabungserweiterung dargestellt worden seien. Er erwarte von der Verwaltung, dass zu

den einzelnen Punkten auch geklärt werde, ob diese so stimmen. Eine entsprechende Stellungnahme halte er für die weiteren Entscheidungen für notwendig.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung drei Anfragen an die Verwaltung richten zu wollen. Bezüglich des von Stadtverordneten Weißborn vorgeschlagenen Vertagungsantrages erläuterte er, dass von Seiten der CDU-Fraktion dies als nicht notwendig erachtet werde. Die CDU-Fraktion sei in ihrer internen Beratung soweit, dass sie auch schon heute eine Beschlussempfehlung bzw. nächste Woche eine Entscheidung treffen könne.

Auch Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion bereits heute eine Beschlussempfehlung und in der nächsten Woche eine Entscheidung würde treffen können. Sie könne aber ebenso gut damit leben, wenn die Tagesordnungspunkte vertagt und erst in den Januar-Sitzungen entschieden würde. Sie wisse vom Betreiber der Kiesgrube, Herrn Davids, dass offensichtlich auch kein unbedingter Zeitdruck in dieser Angelegenheit vorherrsche, so dass man einer Vertagung durchaus zustimmen könne.

Stadtverordneter **Gudduschat** führte aus, dass er vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Bereitschaft zur Vertagung keine Bedenken habe, diese mit zu beschließen.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte

- 3. Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung Frelenberg IV „Bildenstock/Stegherfeld“ der Firma Davids, Geilenkirchen und**
 - 4. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 31.10.2008 betr. beabsichtigte Abgrabung der Firma Davids in Frelenberg, hier: Verkauf des städt. Grundstückes**
- werden von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschuss bzw. Rates im Januar 2009 erneut behandelt.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.11.2008 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.04.2008 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.04.2008 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 Antrag auf Genehmigung einer Abgrabungserweiterung "Frelenberg IV - Bildenstock/Stegher Feld" der Fa. Davids, Geilenkirchen

hier: Beratung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zur Beratung und Beschlussfassung im Januar 2009 zurückgestellt.

4 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 31.10.2008 betr. beabsichtigte Abgrabung der Fa. Davids in Frelenberg, hier Verkauf des städtischen Grundstücks

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zur Beratung und Beschlussfassung im Januar 2009 zurückgestellt.

5 Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 10. Änderung

hier: Aufstellungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

Die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd - wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Bebauungsplan Nr. 85 - David-Hansemann-Straße - 2. Änderung

hier: Aufstellungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 85 – David-Hansemann-Straße - wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 Forstwirtschaftsplan 2009

Stadtverordnete **Gillen** schlug vor, dass die auf Seite 7 des Forstwirtschaftsplanes aufgeführte Häckselung des am Boden liegenden Astholzes im Herbacher Wald nicht durchgeführt werde. Zum Schutz der sich dort befindenden Kleintiere wolle man hierauf verzichten, wobei der angesetzte Betrag von 4.000 Euro jedoch für andere Maßnahmen im Forstwirtschaftsplan belassen werden solle.

Beigeordneter **Schlüter** schlug vor, dass bei einer Ortsbegehung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses die Situation angeschaut werden solle. Der Ansatz sei seiner Kenntnis nach deshalb aufgenommen worden, um auch auf den Wegbereichen etwas Ordnung schaffen zu können.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er davon wisse, dass die Stadtverordneten Josef Fröschen und Joachim Fröhlich in dieser Sache Rücksprache genommen hätten. Da er sich allerdings über das Ergebnis noch weiter informieren wolle, bat er darum, diesen Tagesordnungspunkt heute nicht zu entscheiden, sondern auf die Ratssitzung in der nächsten Woche zu verweisen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass der vorgeschlagene Verzicht auf das Häckseln des Astgutes mit dem Revierförster besprochen worden sei und von dessen Seite keine Bedenken erhoben wurden.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung der Angelegenheit wird an den Rat in seiner kommenden Sitzung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Beteiligung am Verfahren zur Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln

hier: Sachlicher Teilabschnitt Vorbeugender Hochwasserschutz, Teil 2: Region Aachen, Wassereinzugsgebiet der Rur

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Übach-Palenberg nimmt zu o.g. Änderung des Regionalplanes wie folgt Stellung:

Erforderliche Korrekturen:

1. Stadtteil Marienberg, Bereich südlich L 225, Bebauungsplan Nr. 95 der Stadt Übach-Palenberg: Sonderbaufläche liegt außerhalb der Potentiellen Überflutungsbereiche
2. Stadtteil Marienberg, Bereich nördlich L 225, Bebauungsplan Nr. 59 der Stadt Übach-Palenberg und Flächen westlich der Wurm bis nördlich Sportplatz: hier handelt es sich nicht um Potentielle Überflutungsbereiche sondern nur in Teilen um Extremhochwasser-Bereiche außerhalb der Überschwemmungsbereiche
3. Stadtteil Marienberg, Bereich nördlich L 225, Flächen westlich der Wurm, In der Schley 7-13, Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 64, Flurstück 428: Die vorhandenen Wohnhäuser sollen aufgrund der Bausubstanz abgerissen werden. Bis zum vorhandenen Damm soll eine neue Baufläche entstehen. Seitens der BezReg wurde am 19.03.2008 eine mündliche Zusage erteilt. Eine landesplanerische Anfrage wird parallel vorgelegt. Keine Ausweisung als potentieller Überflutungsbereich.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9 Regionales Gewerbeflächenmanagement - Fortschreibung 2009

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, dass den Stadtverordneten auch die Anlagen zum regionalen Gewerbeflächenkonzeptes der AGIT übersendet werden mögen. Hierbei handele es sich um ein Erhebungsbogen für die Gewerbeflächenbegehung sowie der Bewertungskriterien für regional bedeutsame Gewerbeflächen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, sich ebenfalls für die entsprechenden Anlagen zu interessieren.

Stadtoberverwaltungsrat **Gatzen** erklärte, dass man sie mit der Niederschrift zu dieser Sitzung nachreichen wolle.

Beschlussempfehlung:

Der Vorentwurf „Regionales Gewerbeflächenkonzept – Fortschreibung 2009“ der AGIT wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Stadt Übach-Palenberg wird beantragen, weitere Gewerbeflächen im GEP auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Einführung des verpflichtenden Nachmittagsunterrichts mit pädagogischer Übermittagsbetreuung am Carolus-Magnus-Gymnasium und der Städt. Realschule

Beschlussempfehlung:

Unter der Voraussetzung, dass entsprechende Beschlüsse der Schulkonferenzen erfolgen, wird der Einführung des verpflichtenden Nachmittagsunterrichtes mit pädagogischer Übermittagsbetreuung zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Förderanträge zu stellen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushalt 2009 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Technische Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg

Bürgermeister Schmitz-Kröll bat darum, dass man in dieser Angelegenheit heute noch keine Beschlussempfehlung treffen möge, da man von der Verwaltung noch weitere Informationen bezüglich der Alternativen zusammenstellen wolle. So habe man beispielsweise auch mit der Gemeindeprüfungsanstalt Kontakt aufgenommen, um die Möglichkeit zu erörtern, ob auch sie bereit sei im Bereich der technischen Prüfung gegen Erstattung von Tagessätzen tätig zu werden. Zusätzlich habe man mittlerweile auch eine abschließende Übersicht zu dem Kostenaufwand, der die technische Rechnungsprüfung beim Kreis Heinsberg verursacht habe, da vor wenigen Tagen eine weitere Abrechnung für das Jahr 2008 eingegangen sei.

Stadtverordneter **Weißborn** erkundigte sich danach, ob der vorgebrachte Vorschlag einer „Entscheidung von Fall zu Fall“ überhaupt praktikabel sei. Er bitte, dass die Verwaltung hierzu auch Stellung nehmen möge. Weiterhin erkundigte er sich danach, ob auch mit anderen Verwaltungen bezüglich einer Kooperation in dieser Sache Kontakt aufgenommen wurde.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass zur Vorbereitung der Sitzungsvorlage mit den Nachbarkommunen Kontakt aufgenommen wurde und von deren Seiten zurzeit leider kein Interesse an einer Zusammenarbeit in dieser Sache bekundet wurde.

Stadtverordneter **Gudduschat** bat darum mitzuteilen, wie hoch die Kosten seien, die man an den Kreis Heinsberg habe zahlen müssen. Die Information, dass nunmehr auch die Gemeindeprüfungsanstalt bereit sei, eine technische Prüfung vorzunehmen, sei interessant und solle noch weiterhin erläutert werden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass in der kommenden Ratssitzung hierzu weitere Informationen gegeben werden könnten.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung wird an den Rat zu seiner kommenden Sitzung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Prüfung der Jahresrechnung 2007 und Entlastung des Bürgermeisters

Stadtverordneter **Gudduschat** berichtete darüber, dass er als stellvertretender Rechnungsprüfungsausschussvorsitzender die Beschlussempfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses aus seiner letzten Sitzung mitteilen könne. Hiernach habe dieser dem Haupt- und Finanzausschuss und Rat empfohlen, die Jahresrechnung 2007 zu beschließen und zugleich dem Bürgermeister Entlastung ohne Einschränkung zu erteilen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wirkte aus Befangenheitsgründen an diesem Beschluss nicht mit.

Beschlussempfehlung:

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 gemäß § 103 Abs. 1 Ziffer 1 GO NW wird als Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 101 Abs. 3 GO NW übernommen. Der Rat stellt in Übereinstimmung mit dem Rechnungsprüfungsausschuss und dem Rechnungsprüfungsamt fest, dass

- 1. der Haushaltsplan eingehalten ist**
- 2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,**
- 3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren ist,**
- 4. die Vorschriften über Verwaltung und Nachweise des Vermögens und der Schulden eingehalten sind.**

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt die geprüfte Jahresrechnung

2007 gem. § 94 GO NW und erteilt zugleich dem Bürgermeister Entlastung ohne Einschränkung.

Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in den allgemeinen Berichtsband soll zusammen mit der öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses des Stadtrates über die Jahresrechnung 2007 und die Entlastung des Bürgermeisters hingewiesen werden.

Abschlussergebnis:

Die Jahresrechnung der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2007 schloss mit folgenden Gesamtbeträgen ab:

Einnahmen/Ausgaben	Verwaltungs- haushalt Euro	Vermögens- haushalt Euro	Gesamt- haushalt Euro
1	2	3	
Soll-Einnahmen	49.153.289,22	8.180.153,17	57.333.442,39
+ Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	364.100,00	364.100,00
- Abg. alter Haush.-Einnahmereste	0,00	186.250,00	186.250,00
- Abg. alter Kasseneinnahmereste	38.102,13	0,00	38.102,13
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	49.115.187,09	8.358.003,17	57.473.190,26
Soll-Ausgaben	48.613.847,55	5.183.792,78	53.797.640,33
+ Neue Haushaltsausgabereste	529.309,40	3.174.210,39	3.703.519,79
- Abg. alter Haushaltsausgabereste	27.969,86	0,00	27.969,86
- Abg. alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	49.115.187,09	8.358.003,17	57.473.190,26
Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeister Schmitz-Kröll nahm an der Abstimmung nicht teil.

- 13 Anregung nach § 24 GO NW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 19.11.2008 betr. Vergrößerung der Parkplatzfläche Naherholungsgebiet In der Schley
-

Schriftführer **Schröder** verlas folgende Anregung:

„CDU Ortsverband Marienberg

19.11.2008

An den
Bürgermeister
der Stadt Übach-Palenberg
Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
51531 Übach-Palenberg

Anregung gem. § 24 der Gemeindeordnung
Vergrößerung der Parkplatzfläche Naherholungsgebiet in der Schley

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmitz-Kröll,

hiermit regt der CDU-Ortsverband Marienberg im Stadtverband Übach-Palenberg an, nächstmöglich eine Vergrößerung der Parkplatzfläche für das Naherholungsgebiet „In der Schley“ durchzuführen.

Begründung:

Es ist sehr erfreulich, dass das Naherholungsgebiet, insbesondere nach der weiteren Attraktivitätssteigerung durch den Umbau der Restaurantanlagen mit Dachterrasse und Herstellung eines Mehrgenerationenspielplatzes weitere Besucher anlockt. Nun ist jedoch zu beobachten, dass die Kapazität des vorhandenen Parkplatzes „In der Schley“ zunehmend nicht ausreicht. Teilweise sind die Besucher wegen der Überfüllung genötigt Rasenflächen zum Parken zu nutzen. Auch der Parkstreifen vor den Wohnhäusern „In der Schley“ ist schnell gefüllt. Wobei hier teilweise auch Verärgerung bei den Anwohnern entsteht, wenn „ihre“ Parkplätze belegt sind. Darüber hinaus ist die Zufahrt zu dem Parkplatz den aktuellen Verhältnissen anzupassen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang F.W. Jungnitsch
CDU-Ortsverbandsvorsitzender“

Stadtverordneter **Rißmayer** bat darum, dass man bei der Beurteilung dieser Anregung nicht nur diesen einen Parkplatz betrachten solle. Er sehe durchaus Möglichkeiten auch den benachbarten Parkplatz stärker in das Blickfeld der Parkplatzsuchenden zu bringen. Hier sei die Anpassung der Beschilderung zu diskutieren oder auch eine Verbesserung der Zugänglichkeit. Man könne durchaus feststellen, dass dieser zweite Parkplatz nicht so in das Blickfeld der Öffentlichkeit komme und untersuchen, wie dieser besser eingebunden werden könne. Aus diesem Grund halte er eine Verweisung an den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss für wünschenswert.

Stadtverordnete **Weinhold** verwies darauf, dass es wichtig sei, auch Angaben zu den möglichen Kosten zu erhalten. Zudem solle auch noch die Haushaltsberatung abgewartet werden, da man erst dann einen Überblick über die finanzielle Belastung der Stadt erhalten könne.

Stadtverordneter **Weißborn** verwies darauf, dass gerade die Verweisung in den Fachausschuss zur Klärung dieser Problematik beitragen könne.

Beschluss:

Die Anregung des CDU-Ortsverbandes vom 19.11.2008 betreffend der Vergrößerung der Parkfläche Naherholungsgebiet „In der Schley“ wird an den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14 Anregung nach § 24 GO NW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 19.11.2008 betr. Teerung Schlackweg

Schriftführer **Schröder** verlas folgende Anregung:

„CDU Ortsverband Marienberg

19.11.2008

An den
Bürgermeister
der Stadt Übach-Palenberg
Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Anregung gem. § 24 der Gemeindeordnung
Teerung Schlackweg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmitz-Kröll,

hiermit regt der CDU-Ortsverband Marienberg im Stadtverband Übach-Palenberg an, nächstmöglich die Befestigung und Teerung des Schlackweges im Stadtteil Marienberg vorzunehmen.

Begründung:

Durch den aktuellen schlechten Zustand des Schlackweges erfolgen immer wieder Beschwerden der Anwohner. Gerade in Schlechtwetterzeiten kann der Zugang zu den Wohnungen nur über eine schmutzige, teilweise schlammige Straße erfolgen. In trockenen Zeiten erfolgt eine Staubbelastung. Ein erhöhter Reinigungsbedarf in den Wohnungen ist die Folge. Regenwasser läuft in Richtung der Wohnbebauung und wird nicht in die Kanalisation abgeleitet. Diese Stichstraße ist in einem nicht mehr zeitgemäßen Zustand.

Anmerkung:

Würde diese Straße in Verbindung mit der erforderlichen Teerung weiterer Straßen, wie z.B. der Klosterstraße oder der Schulstraße erfolgen, könnten die Kosten hierfür optimiert werden, weil nur einmalig Rüstkosten wie Maschinenanfahrt etc. anfallen würden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang F. W. Jungnitsch
CDU-Ortsverbandsvorsitzender“

Stadtverordnete **Piez** erklärte, dass auch die SPD nach einer Ortsbegehung von den dortigen Anwohnern auf den Zustand der Straße angesprochen worden sei. Nach ihrem Kenntnisstand handle es sich jedoch um einen Privatweg. Die städtischen Bereiche seien dagegen schon entsprechend hergestellt. Es sei sicherlich nicht Aufgabe der Stadt Übach-Palenberg auf privatem Gelände entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er auch eine Verweisung an den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss für sinnvoll erachte. Er verwies darauf, dass dieses Anliegen von Bürgern an die Partei herangetragen worden sei und diese ihre Bitte entsprechend weitertragen. In wieweit es schon wiederhergestellte städtische Bereiche gebe oder Bereiche zu einem Privatweg gehören sei sicherlich vorab zu klären.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Weißborn** erklärte Beigeordneter **Schlüter**, dass er bezüglich der örtlichen Situation auch erst Erkundigen einholen müsse. Eine Verweisung an den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss zur fachlichen Beratung halte er für durchaus sinnvoll.

Beschluss:

Die Anregung nach § 24 GO NW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 19.11.2008 betreffend Teerung Schlackweg wird an den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15 Anregung nach § 24 GO NW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 19.11.2008 betr. Fußgängerqueerung Marienstraße

Schriftführer **Schröder** verlas folgende Anregung:

„CDU Ortsverband Marienberg

An den
Bürgermeister
der Stadt Übach-Palenberg
Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

19.11.2008

Anregung gem. § 24 der Gemeindeordnung
Fußgängerquerung Marienstraße

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmitz-Kröll,

hiermit regt der CDU-Ortsverband Marienberg im Stadtverband Übach-Palenberg an, nächstmöglich eine Fußgängerquerung in der Marienstraße in Höhe der ehemaligen Diskothek Spiertz einzurichten.

Begründung:

Durch die Schließung der Grundschule Marienberg sind die Kinder im Grundschulalter und darüber hinaus sowieso, nun auch zu großen Teilen darauf angewiesen mit öffentlichen Verkehrsmitteln ihre Schule zu erreichen. An der o.g. Stelle befindet sich eine Bushaltestelle. Das Verkehrsaufkommen auf der Marienstraße ist bekanntermaßen erheblich, insbesondere in den rush-hour-Zeiten. Auch die Geschwindigkeit der

Fahrzeuge ist an dieser Stelle oft sehr hoch. Gerade zu diesen Zeiten morgens müssen die teilweise sehr jungen Schülerinnen und Schüler genau diese Straße überqueren, um die Haltestelle zu erreichen. Bevor hier ein Unfall geschieht, sollten entsprechende verkehrsberuhigende Einbauten wie z.B. eine Querungshilfe, ein Zebrastreifen analog dem der Überquerung zur Firma Oerlikon erfolgen oder eine andere bautechnische Maßnahme vorgenommen werden. Zumindest sollte an dieser Stelle kurzfristig eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang F.W. Jungnitsch
CDU-Ortsverbandsvorsitzender“

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass sich die Situation für die Kinder sicherlich dadurch verschärft habe, dass keine Grundschule mehr in Marienberg vorhanden sei und diese öffentliche Verkehrsmittel benutzen müssten. Er bitte darum, dass mit den zuständigen Stellen abgeklärt werden möge, was möglich sei.

Stadtverordnete **Piez** erinnerte daran, dass bereits ein Antrag aus dem Jahre 2002 der SPD-Fraktion von den zuständigen Stellen abgelehnt worden sei. Damals seien die Ergebnisse einer Verkehrszählung nicht ausreichend gewesen. Dem Anliegen stehe die SPD-Fraktion nach wie vor sehr positiv gegenüber.

Stadtverordnete **Weinhold** unterstützte ebenfalls das Ansinnen und bat darum, dass zu tun, was möglich sei.

Stadtverordneter **Piez** gab in diesem Zusammenhang zu Bedenken, dass die dortige Bushaltestelle falsch herum aufgestellt sei. Dies führe dazu, dass einerseits die wartenden Personen anfahrende Busse nicht erkennen könnten und auch die Busfahrer nicht sehen könnten, wenn sich im Häuschen wartende Personen befänden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die möglichen Schritte einzuleiten, damit nächstmöglich eine Fußgängerquerung in der Marienstraße in Höhe der ehemaligen Diskothek Spiertz eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16 Anregung nach § 24 GO NW des CDU-Ortsverbandes Marienberg vom 19.11.2008 betr. Abriss Baracke "Am Eichenhang"

Schriftführer **Schröder** verlas folgende Anregung:

„CDU Ortsverband Marienberg

19.11.2008

An den
Bürgermeister

der Stadt Übach-Palenberg
Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Anregung nach § 24 Gemeindeordnung
Abriss Baracke „Am Eichenhang“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmitz-Kröll,

hiermit regt der CDU-Ortsverband Marienberg im Stadtverband Übach-Palenberg an, unverzüglich Verhandlungen mit dem Eigentümer der baufälligen Baracke „Am Eichenhang“ aufzunehmen, um einen Abriss zu bewirken.

Begründung:

In Marienberg „Am Eichenhang“ befinden sich zwei verbundene, unbewohnte Objekte, die permanent und zunehmend verfallen und somit einen Schandfleck aber auch einen Gefahrenpunkt darstellen. Damit hier nicht weiterer Verfall durch Witterung und Bewuchs erfolgt, sowie ein „Abriss im Stillen“, durch unerlaubte Entnahme von Altmaterial und dabei ggf. ein Unfall geschieht, sollte entsprechend gehandelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang F.W. Jungnitsch
CDU-Ortsverbandsvorsitzender“

Stadtverordneter **Gudduschat** bat darum, dass mit dem Eigentümer der Baracken, der auch Besitzer von zahlreichen Wohnobjekten in Übach-Palenberg sei, auch diese Problematik besprochen werden möge. Sicherlich habe die Verwaltung schon selber in verschiedenen Bereichen auf den einen oder anderen Missstand bei Wohnobjekten hingewiesen und möge dies auch im vorliegenden Fall tun.

Stadtverordneter **Weißborn** gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Verwaltung vielleicht schon selber in den Gesprächen mit dem Eigentümer auf den Zustand der Baracke „Am Eichenhang“ hingewiesen habe.

Stadtverordneter **Meertens** hoffte, dass mit der vorliegenden Anregung nicht ein Fall „Hotel Ernst“ im Kleinen entstehe. Die Stadt dürfe nicht als „kommunale Abrissbirne“ missbraucht werden, um private Schandflecke im Stadtgebiet zu beseitigen.

Stadtverordnete **Weinhold** gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass im Januar nicht auch noch von der SPD eine Vielzahl von Anregungen vorgebracht würden, die, da sie offensichtlich schon bekannte und bestehende Themen beinhalten, eindeutig dem Wahlkampf zuzuordnen seien.

Stadtverordneter **Gudduschat** verwies darauf, dass es sich im vorliegenden Fall um Anregungen nach § 24 Gemeindeordnung handle. Der CDU-Ortsverband Marienberg habe durchaus das Recht sich dieser Thematiken anzunehmen und sie auch im politischen Raum zu thematisieren.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt unverzüglich Verhandlungen mit dem Eigentümer der baufälligen Baracke „Am Eichenhang“ aufzunehmen, um einen Abriss zu bewirken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17 Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

18 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass den Stadtverordneten eine Übersicht zu den Terminen für die Haupt- und Finanzausschuss- sowie Ratssitzungen im kommenden Jahr zugegangen sei. Er hoffe, dass bis zu kommender Ratssitzung hierzu ein Einvernehmen bezüglich der Terminfestlegung getroffen werden könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass in Bezug auf die Termine im Januar noch Abstimmungsbedarf bestehe und man sich mit den Kollegen der anderen Fraktionen bis zur Ratssitzung hierzu abstimmen könne.

Anfragen

Anfrage 1 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die Stadtverordnete Gillen in der letzten Ratssitzung eine Anfrage bezüglich der Ortsumgehung Scherpenseel vorgebracht habe. Zum damaligen Zeitpunkt habe man noch keine Erkenntnisse vorbringen können. Ihn interessiere, ob es neue Erkenntnisse gebe, die einen Aufstieg in die Stufe 1 der Prioritätenliste ermöglichen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll verwies darauf, dass er es für unabdingbar halte eine schriftliche Mitteilung in dieser Angelegenheit von der zuständigen Stelle zu erhalten. Gerade in diesem Bereich sollten nicht durch voreilige Äußerungen Erwartungen geweckt werden, die dann nicht erfüllt werden könnten.

Beigeordneter **Schlüter** verwies auf das Protokoll der letzten Ratssitzung, in dem er bereits ausführte, dass ihm die aktuelle Diskussion nicht bekannt sei. Er verwies darauf, dass die notwendige Verkehrsuntersuchung der Gemeinde Landgraaf der Stadt Übach-Palenberg und dem Landesbetrieb StraßenNRW vorliege und dem Ministerium übergeben werden solle. Dies werde aus Sicht der Verwaltung die Möglichkeit schaf-

fen, dass die Straße in der Priorisierung nach oben steige. Ein entsprechender Beschluss des Landtages sei hierzu allerdings erforderlich.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass ihm Informationen aus dem Regionalrat vorliegen, nachdem die Stadt Übach-Palenberg tätig werden müsse. Insbesondere solle die Trassenführung mit der Nachbarkommune Geilenkirchen sowie der Gemeinde Landgraaf für den Anschluss an das niederländische Straßennetz abgestimmt werden.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass ihm diese Information nicht vorliege. Er verwies darauf, dass der Trassenverlauf schon mit der Umweltverträglichkeitsprüfung für das Übach-Palenger Stadtgebiet festgelegt worden sei.

Anfrage 2 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass aufgrund der schlechten Breitbandversorgung im Internetbereich die CDU mit der Telekom Kontakt aufgenommen habe. Ein leitender Mitarbeiter sei daraufhin vor Ort gewesen und habe erklärt, dass die Telekom mit der Stadt in Kontakt treten werde, um entsprechende Maßnahmen einleiten zu können. Ihn interessiere, ob schon ein entsprechender Kontakt stattgefunden habe und welche Maßnahmen hierfür von Seiten der Kommune notwendig seien. Weiterhin habe man auch mit dem Mitarbeiter besprochen, dass es offensichtlich für den Vorwahlbereich Alsdorf ein Problem der Weiterleitung von Notrufen gebe. Würden aus dem Stadtteil Boscheln mit Alsdorfer Vorwahl Notrufe abgesetzt werden, so würden diese nicht bei der Rettungsleitstelle für den Kreis Heinsberg, sondern für die Stadt Alsdorf auflaufen. Eine nicht unerhebliche Verzögerung notwendiger Hilfeleistung oder gar eine Verwechslung mit gleichlautenden Straßen beider Städte sei nicht auszuschließen.

Es sei es jedoch technisch kein Problem die entsprechenden Rufnummern einer Weiterleitung an die Rettungsleitstelle in Heinsberg zuzuführen. Hierzu sei aber ein Antrag der Stadt notwendig. Darüber hinaus habe er auch mit dem Stadtbrandmeister in dieser Angelegenheit gesprochen, der ihm bestätigt habe, dass es entsprechende „Fehlalarme“ aufgrund der falschen Zuordnung des Vorwahlbereiches gegeben habe.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass ihm dieser Sachverhalt bisher noch nicht bekannt geworden sei. Er frage sich allerdings, warum nicht schon von Amtswegen eine entsprechende Änderung eingeleitet worden sei und dies erst auf Antrag der Stadt geschehen müsse. Selbstverständlich werde sich die Verwaltung dieser Problematik annehmen.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte, dass bezüglich der Problematik einer flächendeckenden Breitbandanbindung es nicht sein könne, dass hier die Stadt tätig werden müsse. Er denke, dass eine Versorgung auch über andere Anbieter möglich sei und der Markt dieses Problem lösen könne.

Stadtverordneter **Fibus** regte an, eine einheitliche Vorwahlnummer für Übach-Palenberg zu beantragen. Es sei vielleicht auch dann möglich, dass für das gesamte Stadtgebiet dann eine DSL-Verbindung mit hoher Breitbandqualität eingerichtet werden könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es nicht ein Problem der Anbieter sei, sondern die technischen Möglichkeiten in Boscheln bisher nicht bereitgestellt worden seien. So seien beispielsweise bei ihm im Geschäft an der Carolus-Magnus-Straße 16.000 kbit/s an Leitungskapazität möglich, während in Boscheln lediglich 364 kbit/s möglich seien. Da die Telekom die notwendigen Infrastrukturen auch für andere Anbieter zur Verfügung stelle, sei es durchaus sinnvoll den Kontakt zu ihr zu suchen. Da diese schon die Bereitschaft erklärt habe, entsprechende Maßnahmen umzusetzen, solle man das auch von Seiten der Stadt nutzen.

Anfrage 3 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Gillen** erkundigte sich danach, wann die von ihr auch schriftlich eingereichten Fragen zur Abgrabung Scherpenseel beantwortet würden.

Beigeordneter **Schlüter** denke, dass bis zur kommenden Ratssitzung die Fragen beantwortet seien.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 17.58 Uhr die öffentliche Sitzung.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit um 18.45 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer